

Änderungsantrag

Einreicher:

Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS/FDP

Vorlagen Nr.:

A/3/0175

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	27.06.2022

**Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS/FDP zum Antrag A/3/0163
"Entwicklung des ÖPNV im ländlichen Raum"**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich dafür aus den ÖPNV im Landkreis Vorpommern-Rügen bedarfsgerechter und damit attraktiver zu gestalten. Jede Region im Landkreis muss mindestens 4 mal täglich durch den ÖPNV angefahren werden.
2. Durch die Kreisverwaltung ist eine Umfrage in den Städten, Ämtern und Gemeinden zur Gestaltung eines den Anforderungen entsprechenden ÖPNV durchzuführen. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mehraufwendungen sind konkret zu ermitteln.
3. Der Landrat wird aufgefordert sich für die Bereitstellung der hierfür notwendigen Mittel gegenüber der Bundesregierung und der Landesregierung einzusetzen.
4. In den nächsten Haushalt ab 2024 sollen mindestens 500.000€ mehr für den Ausbau des ÖPNV im ländlichen Raum zur Verfügung stehen.

Begründung:

Die Einführung des 9 Euro Tickets hat einmal mehr die Defizite der ÖPNV Erschließung im ländlichen Raum deutlich gemacht. Viele Regionen auch in unserem Landkreis sind nur unzureichend bzw. überhaupt nicht durch den ÖPNV erschlossen. Das führt grade auch unter den jetzigen Bedingungen zu erheblichen Nachteilen für die Bevölkerung im ländlichen Raum. Auch Tarifmaßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV machen unter diesen Bedingungen nur begrenzt Sinn.

Insofern war es nur folgerichtig, dass sich die Landesregierungen bei der Diskussion zum 9 Euro Ticket im Bundesrat für eine nachhaltige Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum ausgesprochen haben. Nun müssen dieser Forderung auch Taten folgen, um einerseits die Benachteiligung der Bevölkerung im ländlichen Raum in dieser Frage endlich zu beenden und andererseits durch eine konsequente Verbesserung des ÖPNV Angebotes in der Fläche auch einen wirksamen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten.

Die hierfür erforderlichen Mittel müssen insbesondere durch die Bundesregierung aber auch durch die Landesregierung zur Verfügung gestellt werden, da die Zuständigkeit zur Entwicklung des ländlichen Raums nicht allein beim Landkreis liegt.

gez. Benjamin Heinke
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion CDU

gez. Gerd Scharmberg
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion BfS/FDP

gez. Mathias Löttge
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion BVR/FW